Pascal Schmid
SVP-Fraktion
Postfach 44
8570 Weinfelden

EINGANG GR			
GRG Nr.			

Einfache Anfrage
„Jihadistische Bedrohung im Thurgau“

Medienberichte über Jihadisten im Kanton Thurgau lassen aufhorchen. Eine Recherche von Tagesanzeiger.ch und Newsnet benennt fünf Schweizer Jihad-Hochburgen: Winterthur, Lausanne, Biel, Genf – und Arbon (Tages-Anzeiger, 28. Juni 2017).

Laut Journalist und Terrorismus-Experte Kurt Pelda gibt es im Thurgau einige auffällige Leute mit Verbindungen zur Jihadisten-Szene. Sie lebten oft von der Sozialhilfe. Schlimm sei, dass die Behörden davon wissen würden: "Doch die wenigsten tun etwas dagegen oder sprechen darüber." Eines der Grundprobleme sei denn auch, dass die Behörden viel zu wenig untereinander sprechen würden: "Die Gemeinde weiss oft nicht, was die Polizei oder Nachrichtendienst weiss, und umgekehrt." (Thurgauer Zeitung, 30. September 2017). Der deutsche Journalist Shams Ul-Haq hat monatelang verdeckt in Schweizer Moscheen recherchiert, auch in der Winterthurer An‘Nur-Moschee. Er sagt: „Ich habe die Behörden früh auf die islamistischen Tendenzen aufmerksam gemacht, die dort herrschten. Die sechs Verhaftungen und die Schliessung der Moschee erfolgten erst viel später. Das ist bedauerlich. Meiner Meinung nach müsste man solche Menschen schon viel früher aus dem Land weisen. Die Gesetze in der Schweiz, aber auch im ganzen Rest Europas sind viel zu lax.“ (Thurgauer Zeitung, 28. September 2017). Auch einen 49-jährigen Iraker, der seit Jahren als Asylsuchender im Thurgau von der Sozialhilfe lebt und seine Frau zu einem Selbstmordattentat angestiftet haben soll, liessen die Behörden offenbar trotz Warnungen durch den Moschee-Verein es-Selam in Wil SG jahrelang gewähren. Erst im März 2017 durchsuchte die Kantonspolizei Thurgau im Auftrag der Bundesanwaltschaft sein Zimmer in der Asylunterkunft, einige Wochen später wurde er verhaftet (Sonntags-Zeitung, 9. Juli 2017). Bekannt ist auch, dass der Berliner Attentäter Anis Amri Kontakte zu einer radikalisierten Konvertitin im Thurgau pflegte (Sonntags-Zeitung, 18. Februar 2017).

Das alles wirft Fragen auf. Was radikalisierte Muslime anrichten können, haben uns die Terroranschläge in Paris, London, Nizza, Berlin, Barcelona und vielen weiteren Orten mit grausamer Deutlichkeit vor Augen geführt. Massive Betonelemente und Strassensperren mit Lastwagen erinnern uns gegenwärtig auch an der WEGA daran, dass die Bedrohung sehr real ist – auch hier im Thurgau.

Das dumpfe Gefühl der Bedrohung verunsichert die Bevölkerung, untergräbt unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft und verursacht enorm ansteigende Sicherheitskosten. Im Rahmen des Sicherheitsverbunds Schweiz ist ein Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus in Ausarbeitung. Wir müssen uns aber auch auf kantonaler und kommunaler Ebene wappnen. Daher bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Gefährdung durch radikalisierte Muslime und Jihadisten im Kanton Thurgau?

2. Was unternimmt der Regierungsrat, um der Radikalisierung von Muslimen im Kanton Thurgau mit präventiven und repressiven Mitteln entgegenzuwirken?

3. Was unternimmt der Regierungsrat, um radikalisierte Muslime und Jihadisten zu überwachen, ihnen den Aufenthaltsstatus zu entziehen und sie aus dem Land zu schaffen? Wieviele Personen stehen derzeit unter polizeilicher Beobachtung?

4. Wie kann die Früherkennung radikalisierter Muslime verbessert werden? Benötigen die Behörden dafür zusätzliche Mittel und Möglichkeiten? Genügen die vorhandenen (polizei-)rechtlichen Grundlagen oder besteht Handlungsbedarf?

5. Zwecks Früherkennung radikalisierter Muslime gibt die Kantonspolizei Thurgau Schulen, Behörden und Vereinen seit rund zwei Jahren ein Merkblatt ab. Was wurde damit erreicht? Wie viele konkrete Hinweise sind eingegangen?

6. Wie kann die gegenseitige Information der Behörden verbessert werden? Genügen die vorhandenen rechtlichen Grundlagen oder besteht Handlungsbedarf?

Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Fragen.

Weinfelden, 2. Oktober 2017

Pascal Schmid